

Blömer, Maximilian Joseph; Fischer, Lilly; Pannier, Manuel; Peichl, Andreas

Article

Die Reformvorschläge bei der Einkommensbesteuerung der Parteien zur Bundestagswahl 2021

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Blömer, Maximilian Joseph; Fischer, Lilly; Pannier, Manuel; Peichl, Andreas (2021) : Die Reformvorschläge bei der Einkommensbesteuerung der Parteien zur Bundestagswahl 2021, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 74, Iss. 10, pp. 16-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/250820>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Maximilian Blömer, Lilly Fischer, Manuel Pannier und Andreas Peichl

Die Reformvorschläge bei der Einkommensbesteuerung der Parteien zur Bundestagswahl 2021

IN KÜRZE

In diesem Beitrag untersuchen wir Aufkommens-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen der Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2021 bezogen auf Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag. Unsere Simulationen zeigen, dass alle Parteien die Haushalte bei der Einkommensbesteuerung entlasten wollen. Die Höhe der Entlastung variiert dabei jedoch zwischen den Parteien, so dass die Vorschläge nur bedingt vergleichbar sind. Auch bei der Struktur der Entlastung gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Alle Parteien wollen die mittleren Einkommensschichten der Bevölkerung mit ihren Reformplänen besser stellen. Bei den oberen Einkommen unterscheiden sich die Effekte hingegen nicht nur in ihrer Höhe, sondern auch in der Richtung. Alle Parteien würden positive Anreize für Erwerbstätigkeit schaffen. Ein damit verbundenes erhöhtes Steueraufkommen könnte jedoch die Mindereinnahmen des Staates, ausgelöst durch eine niedrigere Steuerlast für einen sehr großen Teil der Bevölkerung, nur teilweise kompensieren.

»Wahlen werden in der Mitte gewonnen« – Gerhard Schröder¹.

»Hier in der Mitte sind wir« – Angela Merkel².

¹ Altkanzler Gerhard Schröder in einem Interview auf die Frage, ob die SPD sich inhaltlich wieder stärker in der Mitte positionieren sollte (Steingart und Afhüppe 2012).

² Dies sagte Angela Merkel 2007 auf dem CDU-Parteitag bei der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms den Delegierten (Schmiese 2007).

Beide Parteien, derzeit zusammen als »Große Koalition« in der Regierung, wollen sich vor Bundestagswahlen regelmäßig in der Mitte positionieren. Auch die mittleren Einkommensschichten sind besonders umkämpft, da sie viele Personen umfassen, und sie spielen deshalb eine zentrale Rolle in der politischen Ökonomie der Besteuerung (Bierbrauer et al. 2021a; Bierbrauer et al. 2021b). Eine Besserstellung dieser Schichten spricht viele Wählende an und steuerliche Erleichterungen können die Wählerschaft einer Partei erweitern (Cox 2009). So ist es wenig verwunderlich, dass alle Parteien, die aktuell im Bundestag vertreten sind (mit Ausnahme der AfD), Entlastungen für die mittleren Einkommensbereiche planen, zum Beispiel durch Änderungen beim Grundfreibetrag und/oder den beiden Progressionszonen.

Der vorliegende Beitrag analysiert die Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen sowie die fiskalischen Effekte der Reformvorschläge der Parteien FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD und Union.³ Dabei beschränken wir uns ähnlich wie Peichl et al. (2014) auf die Reformpläne der Parteien in Bezug auf Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag. Nicht berücksichtigt werden alle weiteren wirtschaftspolitischen Forderungen, auch bezüglich des Ehegattensplittings (da die Wahlprogramme hier zu unkonkret sind) und Sozialabgaben. Die Wahlprogramme unterscheiden sich darin, wie konkret die Reformvorschläge formuliert sind. Deswegen wurden die verwendeten Parameter im Vorhinein mit den Parteien abgestimmt (vgl. Tab. 1). Die Analyse erfolgt mit Hilfe des ifo Mikrosimulationsmodells auf Basis von Haushaltsmikrodaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass bei allen Parteien die wirtschaftliche Mitte der Gesellschaft, die wir grob als das dritte bis neunte Einkommensdezil identifizieren, bessergestellt würden.⁴ Es zeigen sich jedoch auch erhebliche Unterschiede in den Wahlprogrammen. Grüne, Linke und SPD planen höhere Steuern für Gutverdienende. Damit würden die Grünen und die Linkspartei eine stärkere Umverteilung der



Maximilian Blömer

ist Doktorand am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen.



Lilly Fischer

ist studentische Hilfskraft am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen.

³ Das Programm der AfD wird mangels konkreter Vorschläge in diesem Beitrag nicht berücksichtigt.

⁴ Das durchschnittliche Einkommen eines Haushalts im dritten Dezil der äquivalenzgewichteten Einkommen beträgt im Status quo 24 633 Euro, im neunten Dezil 56 936 Euro.

Einkommen erreichen. Ein weiterer Aspekt in Bezug auf die Einkommensteuer, der in den Wahlprogrammen thematisiert wird, ist der Solidaritätszuschlag. Durch dessen geplante vollständige Abschaffung würden Union und FDP vor allem Beziehende hoher Einkommen entlasten.

DIE REFORMPLÄNE DER PARTEIEN IM ÜBERBLICK

Wie bereits angesprochen beschränkt sich dieser Artikel auf die Vorschläge der Parteien zu Reformen des Einkommensteuertarifs sowie zum Solidaritätszuschlag. Die hier beschriebenen Punkte aus den Wahlprogrammen beziehen sich also ausschließlich auf diese Bereiche und sparen explizit alle Vorschläge zu Sozialabgaben, Sozialleistungen und Mindestlohn aus.⁵ Die Reformvorschläge der Parteien in ihren jeweiligen Wahlprogrammen unterscheiden sich recht deutlich im Hinblick auf deren Genauigkeit.⁶ Während beispielsweise Die Linke in ihrem Programm exakte Werte für die Veränderung des ESt-Tarifs vorgibt, bleiben andere Parteien in Teilen ihrer Vorschläge vage. Um auch die wenig konkreten Aussagen zur Einkommensteuer berücksichtigen zu können, interpretieren wir, in welcher Weise die Tarifparameter angepasst werden könnten, um das beschriebene Ziel der jeweiligen Partei zu erreichen. Die Parameter wurden im

Vorfeld dieser Veröffentlichung mit den Parteien abgestimmt.⁷ Eine Übersicht über die gewählten Parameter liefert Tabelle 1. Die entsprechenden Grenzbelastungen für den ESt-Tarif zzgl. Soli für zu versteuernde Einkommen bis 120 000 Euro werden in Abbildung 1 dargestellt. Die Grenzbelastungen für Einkommen bis 300 000 Euro können Abbildung 2 im Anhang entnommen werden.

Alle Parteien sehen Reformbedarf bei der Einkommensteuer. Für eine Erhöhung des Grundfreibetrags von derzeit 9 744 Euro sprechen sich Grüne, SPD und Linke aus. Die Grünen möchten einen Grundfreibetrag von 10 344 Euro, die SPD schlägt eine Erhöhung um 1 000 Euro auf 10 744 Euro vor. Die Agenda der Linkspartei umfasst einen weitaus deutlicheren Anstieg des Grundfreibetrags auf 14 400 Euro.

Entsprechend dieses hohen Grundfreibetrags möchte Die Linke die Einkommensgrenze zum Eintritt in die zweite Progressionszone von derzeit 14 753 Euro auf 17 000 Euro anpassen und dabei den Grenzsteuersatz bei Eintritt in die zweite Progressionszone von 23,97% auf 20,30% senken.



Manuel Pannier

ist studentische Hilfskraft am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen.



Prof. Dr. Andreas Peichl

leitet das ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen und ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomie und Finanzwissenschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

⁵ Diese Herangehensweise deckt sich mit der von Peichl et al. (2014) oder von Beznoska und Hentze (2021). Eine umfassendere Analyse liefern Gammelin et al. (2021) in Zusammenarbeit mit Buhlmann et al. (2021).

⁶ Für die Parteiprogramme siehe FDP (2021), Bündnis 90/Die Grünen (2021), Die Linke (2021), SPD-Pateivorstand (2021) sowie CDU/CSU (2021).

⁷ Die Zustimmung zur Wahl der Parameter erfolgte teils explizit durch die Pressestellen der Parteien. Eine ausbleibende Reaktion auf unsere Anfrage wurde als stillschweigende Zustimmung interpretiert.

Tab. 1

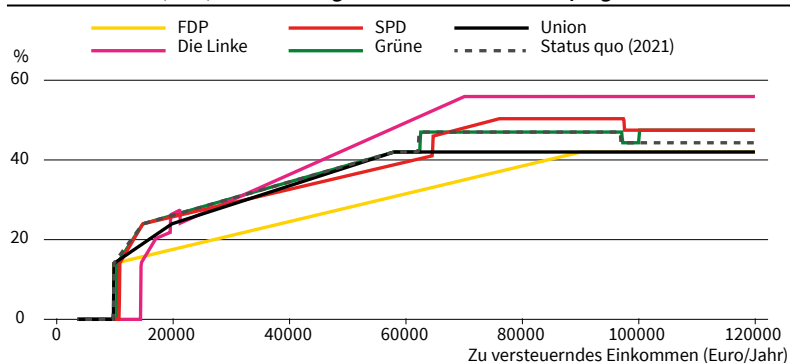
Übersicht über verwendete Tarifparameter

	Status quo (2021)	FDP	Grüne	Die Linke	SPD	Union
Parameter ESt-Tarif						
Grundfreibetrag	9 744	9 744	10 344*	14 400	10 744*	9 744
Eingangssteuersatz	14%	14%	14%	14%	14%	14%
Progressionszone 2 ab	14 753	–	14 753	17 000*	14 753	19 753*
Steuersatz	23,97%	–	23,97%	20,30%*	23,97%	23,97%
Spitzensteuersatz ab	57 918	90 000	57 918	70 000	76 000*	57 918
Spitzensteuersatz	42%	42%	42%	53%	45%*	42%
Zusatzklasse 1	–	–	100 000	–	–	–
Steuersatz	–	–	45%	–	–	–
Höchststeuersatz ab	274 612	274 612	250 000	274 612	250 000	274 612
Höchststeuersatz	45%	45%	48%	60%	48%*	45%
Zusatzklasse 2	–	–	–	1 000 000	–	–
Steuersatz	–	–	–	75%	–	–
Solidaritätszuschlag	ja	nein	ja	pre 2021	ja	nein
bestätigt		explizit	explizit	explizit	explizit	stillschweigend

Anmerkungen: Alle mit * gekennzeichneten Werte basieren auf Interpretationen von unkonkreten Aussagen der Parteien im Wahlprogramm oder Aussagen der Parteispitzen in Bezug auf die Strategie ihrer Partei im Hinblick auf die Einkommensteuer. Diese Werte haben wir den Parteien im Vorfeld der Analyse übermittelt. Die Parteien haben diesen Parametern explizit oder, im Falle der Union, stillschweigend (ohne ein Veto einzulegen) zugestimmt bzw. sie berichtigt.

Quelle: Zusammenstellung der Autoren.

Abb. 1

Grenzsteuersatz (in %) für einen Single-Haushalt in den Parteiprogrammen


Hinweis: Die Grafik zeigt die marginale Gesamtbelastung durch die Einkommensteuer und den Solidaritätszuschlag bezogen auf das zu versteuernde Einkommen (zvE) eines Haushalts.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

© ifo Institut

Auch das Ziel der Union, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten (CDU/CSU 2021), kann so interpretiert werden, dass der Eintritt in die zweite Progressionszone erst ab einem Einkommen von 19 753 Euro erfolgt und dann der bestehende Grenzsteuersatz von 23,97% greift (Beznoska und Hentze 2021). Auch die anderen Parteien haben die zweite Progressionszone als reformbedürftig ausgemacht. Die FDP würde den ESt-Tarif auf eine Progressionszone reduzieren, die vom Grundfreibetrag bis zum Eintritt in den Spitzensteuersatz⁸ mit einem linear ansteigenden Grenzsteuersatz verläuft. Das Ziel hierbei ist die Beseitigung des sogenannten »Mittelstandsbauchs«. Nach Vorstellung der FDP soll der Spitzensteuersatz von derzeit 42% erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 90 000 Euro fällig werden (Status quo: 57 918 Euro). Auch die SPD spricht sich für eine Ausweitung der zweiten Progressionszone aus (bis 76 000 Euro, siehe Beznoska und Hentze 2021), visiert ab diesem Einkommen jedoch einen höheren Spitzensteuersatz von 45% an. Einen in seiner Struktur ähnlichen, in den Parametern jedoch abweichenden Vorschlag unterbreitet auch Die Linke, die einen Spitzensteuersatz von 53% ab einem Einkommen von 70 000 Euro anstrebt. Lediglich die Grünen verzichten auf einen Reformvorschlag zur zweiten Progressionszone. Stattdessen planen die Grünen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42% auf 45% ab einem Einkommen von 100 000 Euro und erweitern so den bestehenden Tarif um eine Zone.

Neben dem Spitzensteuersatz sehen einige Parteien auch beim Höchststeuersatz Handlungsbedarf. Sowohl SPD als auch Grüne fordern einen Höchststeuersatz von 48% ab einem Einkommen von 250 000 Euro (Status quo: 45% ab 274 612 Euro). Die Linke schlägt einen Grenzsteuersatz von 60% ab einem zu versteuernden Einkommen von 274 612 Euro vor. Als einzige Partei möchte Die Linke einen weiter

⁸ Wir folgen der Definition des Bundesministeriums der Finanzen (https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Glossareintraege/E/024_Einkommensteuertarif.html?view=renderHelp) und bezeichnen als »Spitzensteuersatz« den Steuersatz von 42% ab einem zu versteuernden Einkommen von 57 918 Euro. Darüber hinaus gibt es für höhere Einkommen noch den »Höchstsatz« (umgangssprachlich »Reichensteuersatz«) von 45% ab 274 612.

erhöhten Grenzsteuersatz von 75% für Einkommen oberhalb von 1 000 000 Euro einführen.

Schließlich haben die Parteien auch unterschiedliche Vorstellungen zur Zukunft des Solidaritätszuschlags. In der 19. Legislaturperiode wurde ein Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags beschlossen, das eine Erhebung des Zuschlags von 5,5% auf die zu zahlende Einkommensteuer nur noch für hohe Einkommen vorgibt. Diese Maßnahme führte vor allem zur Entlastung von mittleren und höheren Einkommen (Blömer et al. 2021). Die Forderung von Union und FDP nach einer kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags zielt somit auf Bezieher hoher und sehr hoher Einkommen ab. Die Linke hingegen wünscht sich die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags in seiner alten Form ohne die Reform der 19. Legislaturperiode. SPD und Grüne sprechen sich dafür aus, den reformierten Solidaritätszuschlag zu erhalten.

DATEN UND METHODE

ifo Mikrosimulationsmodell

Das ifo Mikrosimulationsmodell⁹ erlaubt es ceteris paribus abzuschätzen, wie sich strukturelle Veränderungen im Steuer- und Transfersystem auf individuelle Einkommensverhältnisse auswirken. Da Mikrosimulationsmodelle auf Einzelbeobachtungen basieren, können nicht nur die gesamtgesellschaftlichen Effekte bestimmt werden, sondern auch Gewinner und Verlierer einer Reform präzise identifiziert werden.

Es modelliert außerdem Verhaltensanpassungen beim individuellen Arbeitsangebot. Dazu wird ein statisches, strukturelles Haushaltsarbeitsangebotsmodell nach van Soest (1995) verwendet, das die Arbeitsangebotsentscheidung der Haushaltsmitglieder als optimale Wahl zwischen einer diskreten Anzahl von Arbeitszeitkategorien modelliert. Durch Reformen bei Einkommensteuer oder Solidaritätszuschlag verändern sich die nutzenmaximierenden Entscheidungen bezüglich des individuellen Arbeitsangebots angesichts veränderter monetärer Erwerbsanreize. Aggregiert ergeben diese die Arbeitsangebotseffekte.¹⁰

Daten

Als Datenquelle für die Simulation dient die Welle (v35) des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2018 (Goebel et al. 2019). Die repräsentative Stichprobe der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland umfasst derzeit über 30 000 Personen in rund 15 000 privaten Haushalten. Für die vorliegen-

⁹ Für diese Berechnungen wurde das ifo Tax and Transfer Behavioral Microsimulation Model (ifo-MSM-TTL) eingesetzt. Zusammen mit dem ifo Tax Return Microsimulation Model (ifo-MSM-TA) bildet es das ifo General Microsimulation Model (ifo-MSM). Für eine Dokumentation des Modells siehe Blömer und Peichl (2020).

¹⁰ Mögliche Effekte auf die Arbeitsnachfrage wurden in dieser Analyse nicht berücksichtigt. Erfahrungsgemäß reduzieren Arbeitsnachfrageeffekte aufgrund von Lohnanpassungen die Arbeitsangebotseffekte um 20–25% (Peichl und Sieglöckh 2012).

den Rechnungen nutzen wir die im SOEP genannten Vorjahresangaben zu Einkommen und Beschäftigung. Alle Einkommensangaben werden mittels des vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Verbraucherpreisindex fortgeschrieben.

Für alle Reformvorschläge wird als Status quo der Rechtsstand im Jahr 2021 als Vergleichsszenario herangezogen. Um mögliche Verhaltensreaktionen aufgrund der Reformen zwischen dem Datenjahr (2018) und dem Status quo im Jahr 2021 zu berücksichtigen, simulieren wir die Änderungen des Arbeitsvolumens und der Löhne zwischen den beiden Jahren.

ERGEBNISSE

Nachfolgend werden die Effekte der Reformvorschläge auf Beschäftigung, Einnahmen des Staates sowie die Verteilung von Einkommen innerhalb der Bevölkerung betrachtet.¹¹

Arbeitsangebotswirkungen

Tabelle 2 zeigt die Auswirkungen der Reformvorschläge der Parteien im Hinblick auf Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag auf das Arbeitsangebot in Deutschland in Vergleich zum Status quo. Über alle Parteien hinweg werden positive Beschäftigungseffekte durch die jeweiligen Reformen induziert. Der Umfang der Ausweitung des Arbeitsangebots variiert je nach Reform jedoch deutlich.

Der Vorschlag der FDP würde dazu führen, dass die gearbeiteten Stunden pro Jahr in einem Maße zunehmen, das der Arbeitskraft von 600 000 Personen mit jeweils 40 Wochenarbeitsstunden entspricht (man spricht auch von 600 000 Vollzeitäquivalenten). Darüber hinaus würden im Zuge der angedachten Reform 330 000 Personen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, die zuvor erwerbslos waren. Dieser deutliche Anstieg ist das Ergebnis einer steuerlichen Entlastung über beinahe den gesamten ESt-Tarif hinweg. Die Abschaffung der zweiten Progressionszone sowie die Ausweitung der dann einzigen Progressionszone würden die zu zahlenden Steuern für alle Einkommen vom Grundfreibetrag bis 90 000 Euro verringern. Die Aufhebung des Solidaritätszuschlags würde auch für die Bezieher hoher Einkommen einen Anreiz schaffen, die Stundenzahl zu erhöhen.

Der Beschäftigungseffekt für den Reformvorschlag der Grünen wäre nur knapp positiv. Bei dieser vergleichsweise weniger umfangreichen Reform wirken die Erhöhung des Grundfreibetrags sowie die Mehr-

Tab. 2

Beschäftigungswirkungen

	Vollzeitäquivalente		Arbeitsmarktpartizipation	
	Tsd. VZÄ	%	Tsd. Personen	%
FDP	600	1,83	330	0,92
Grüne	30	0,09	24	0,07
Die Linke	295	0,90	229	0,64
SPD	104	0,32	66	0,19
Union	167	0,51	100	0,28

Hinweis: Beschäftigungswirkungen im Vergleich zum Status quo. Vollzeitäquivalente bemisst den Beschäftigungseffekt umgerechnet in Vollzeitbeschäftigten mit 40 Wochenarbeitsstunden. Arbeitsmarktpartizipation gibt an, wie viele Erwerbspersonen zusätzlich in Beschäftigung wechseln.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

belastung für Einkommen von mehr als 100 000 Euro einander entgegen.

Die Anpassung des Arbeitsangebots für den Reformvorschlag der Linkspartei ist beachtlich. Obwohl die Steuersätze für Gutverdiener teils signifikant angehoben würden, würde sich die Anzahl der gearbeiteten Stunden um 0,9% erhöhen. Die deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags und die zusätzliche Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen würden den negativen Beschäftigungsanreiz am oberen Ende der Einkommensverteilung überwiegen. Die Bedeutung des Grundfreibetrags für die Beschäftigung schlägt sich auch im Anstieg der Arbeitsmarktpartizipation nieder.

Union und SPD würden mit ihren Vorschlägen moderat positive Beschäftigungswirkungen erreichen mit jeweils 0,51% bzw. 0,32% mehr gearbeiteten Stunden.

Aufkommenswirkungen

Die fiskalischen Effekte der Reformszenarien sind in Tabelle 3 angegeben. Im Folgenden wird zwischen dem statischen Effekt auf das Steueraufkommen ohne Anpassung des Arbeitsangebots und dem Budgeteffekt mit Berücksichtigung der bereits angesprochenen Beschäftigungswirkungen unterschieden.¹²

Tabelle 3 zeigt, dass die erheblichen Steuerensenkungen des FDP-Vorschlags den Staatshaushalt unmittelbar und sehr stark belasten würden. Dieser müsste im statischen Szenario mit 73,1 Mrd. Euro weniger als im Status quo zurechtkommen. Zum Vergleich: Die Gesamteinnahmen aus der Einkommensteuer der privaten Haushalte für das Jahr 2021 schätzt das ifo Mikrosimulationsmodell auf knapp 300 Mrd. Euro.¹³ Der Anstieg der Beschäftigung und

¹¹ In den Daten des SOEP sind Personen mit sehr hohen Einkommen unterrepräsentiert. Es kann daher im Status quo zu Unterschätzungen bei den Steueraufkommen in den sehr hohen Einkommenschichten kommen. Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags führt also in unseren Schätzungen tendenziell zu geringeren Einbußen im Steueraufkommen, als dies mit genauen Daten zur Spitze der Einkommensverteilung der Fall wäre. Ähnlich kann das zusätzliche Aufkommen einer Steuererhöhung im sehr hohen Einkommensbereich unterschätzt werden.

¹² Die statische Anpassung wird auch mit dem Begriff »Morning-After«-Effekt beschrieben. Diese Bezeichnung kommt von der Annahme, dass Individuen mit ihrem Verhalten nicht unmittelbar auf eine Reform reagieren können.

¹³ Da die SOEP-Daten das obere Ende der Einkommensverteilung nicht perfekt abbilden, liegt dieser Wert unter der aktuellen Steuer-schätzung, die auf einen Wert von 330 Mrd. Euro kommt. Da diese Verzerrung sowohl den Status quo als auch die Reformvorschläge betrifft, erwarten wir – mit Ausnahme des Vorschlags der Linken – keine großen Unterschiede in den Reformwirkungen.

Tab. 3

Fiskalische Effekte, Veränderung in Mrd. Euro

Reformszenario	Ohne Anpassung	Mit Anpassung
FDP	- 73,1	- 60,1
Grüne	- 2,4	- 2,0
Die Linke	- 25,0	- 21,9
SPD	- 11,1	- 9,1
Union	- 21,7	- 17,9

Hinweis: Budgetwirkung der Reform im Vergleich zum Status quo. Positive Werte bedeuten eine Entlastung, negative eine Belastung des Budgets.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

das damit verbundene höhere Steueraufkommen kann nur einen geringen Teil dieses Defizits ausgleichen, das auch unter dessen Berücksichtigung noch 60,1 Mrd. Euro betragen würde.

Im Gegensatz dazu stehen die Reformpläne der Grünen. Deren Tarifierungen wären beinahe budgetneutral und würden zu Mindereinnahmen von etwa 2 Mrd. Euro im Szenario mit und ohne Anpassung des Arbeitsangebots führen.

Das Einnahmefizit durch den Vorschlag der SPD würde unter Berücksichtigung der Arbeitsangebotswirkungen mit 9,1 Mrd. Euro auch relativ gering ausfallen.

Fehlbeträge von mehr als 20 Mrd. Euro im statischen Szenario würden sich aus den Reformvorschlägen der Linkspartei und der Union ergeben. Beim Vergleich der Anpassungseffekte durch erhöhte Beschäftigung zeigt sich, dass die Kompensation beim Unionsvorschlag relativ stärker ausgeprägt wäre als beim Vorschlag der Linken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in Folge der Aufhebung des Solidaritätszuschlags primär die Bezieher hoher Einkommen ihr Arbeitsangebot erhöhen und damit deutlich mehr Steueraufkommen erzielen würden als die zahlreichen Geringverdiener mit ihrer Mehrarbeit im Falle des Vorschlags der Linkspartei.

Insgesamt spiegeln die hier beobachteten Ergebnisse zum Steueraufkommen die bereits bei den Beschäftigungseffekten beobachteten Tendenzen wider. Reformvorschläge, die weitreichende Steuererleichterungen beinhalten, würden mit geringeren Steuereinnahmen einhergehen, die auch durch den

Anstieg der Beschäftigung nur teilweise kompensiert werden könnten.

Verteilungswirkungen

Tabelle 4 zeigt, wie sich Armuts- und Ungleichheitsmaße durch die Reformvorschläge der Parteien verändern würden. Hier wird abermals unterschieden zwischen einem statischen Szenario sowie einem Szenario mit Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte.

Zur Erfassung der relativen Armutsbetroffenheit wird die Armutsrisikoquote verwendet.¹⁴ Für alle Reformvorschläge wäre ein Anstieg der ARQ zu verzeichnen, wobei dieser Anstieg im statischen Szenario zwischen 0,1 Prozentpunkten bei den Grünen und 0,9 Prozentpunkten bei der FDP variieren würde. Die Beschäftigungswirkungen würden den Effekt auf die ARQ für den FDP-Vorschlag noch weiter verstärken, so dass diese gar um 1,2 Prozentpunkte zunehmen würde. Ein Anstieg der ARQ im Fall von steigenden Einkommen über die Verteilung hinweg deutet darauf hin, dass Haushalte mit geringerem Einkommen nicht mit der positiven Einkommensentwicklung des Medianhaushalts Schritt halten könnten. Dass dies für alle Reformvorschläge gilt, wird auch beim Blick auf die Tabellen im Anhang deutlich, die die Veränderung des verfügbaren Einkommens je nach Einkommensdezil darstellen. Hier können die mittleren Einkommensdezile bei allen Reformvorschlägen ein deutlicheres Plus verzeichnen als die untersten Dezile, so dass die Armutsrisikoschwelle in jedem Szenario ansteigt und daher mehr Menschen unter diese Schwelle fallen.

Betrachtet man hingegen die fixe Armutsrisikoquote ARQ (fix), d.h. die relative Armutsbetroffenheit unter Berücksichtigung der Armutsrisikoschwelle des Status quo, so wäre bei allen Reformvorschlägen eine Verringerung dieser Kennzahl zu verzeichnen. Durch die Entlastungen für kleine Einkommen würde sich die finanzielle Situation für einen Teil der Personen, die im Status quo Einkommen unterhalb der Armuts-

¹⁴ Die Armutsrisikoquote (ARQ) ist der prozentuale Anteil von Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians aller Nettoäquivalenzeinkommen beträgt und damit die Armutsrisikoschwelle unterschreitet.

Tab. 4

Veränderung von Armuts- und Ungleichheitsmaßen

Reformszenario	Ohne Anpassung			Mit Anpassung		
	ARQ	ARQ (fix)	Gini	ARQ	ARQ (fix)	Gini
FDP	0,9	- 0,3	1,3	1,2	- 0,7	1,3
Grüne	0,1	- 0,1	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,2
Die Linke	0,7	- 1,0	- 0,8	0,7	- 1,3	- 1,1
SPD	0,2	- 0,2	- 0,0	0,2	- 0,3	- 0,0
Union	0,4	- 0,1	0,3	0,4	- 0,2	0,3

Hinweis: Die Tabelle weist die Veränderung verschiedener Verteilungsmaße in Prozentpunkten im Vergleich zum Status quo aus. Veränderung von Armutsrisikoquote, Armutsrisikoquote (fix), Gini-Koeffizient in Prozentpunkten.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

risikoschwelle beziehen, soweit verbessern, dass sie über die Schwelle des Status quo gehoben werden würden. Im statischen Szenario würde der Anteil bei fast allen Parteien (bis auf die Linkspartei) um 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte zurückgehen. Bei der Partei Die Linke würde die ARQ (fix) sogar um einen Prozentpunkt zurückgehen. Im Szenario unter Einbezug der Beschäftigungswirkungen würden sich diese Effekte in geringem Ausmaß verstärken. Hervorzuheben ist, dass bei der FDP dann ein Rückgang um 0,7 Prozentpunkte bestehen würde. Dies zeigt, dass die Entlastungen, die die Parteien vorschlagen, die Situation ärmerer Haushalte im Vergleich zum Status quo im Durchschnitt verbessern würden, wobei die Entlastung bei FDP und der Linkspartei am größten wären. Der Vergleich zur variablen ARQ zeigt jedoch, dass die Armutsrisikoschwellen, die durch die Reformszenarien induziert würden, so steigen würden, dass ein größerer Anteil an Personen unter der neuen Armutsrisikoschwelle liegen würde. Dies ist auf eine stärkere Entlastung für Besserverdienende als für Beziehende kleiner Einkommen zurückzuführen.

Die Reformvorschläge würden also auch beeinflussen, wie gleich Einkommen nach Abzug von Steuern in der Gesellschaft verteilt sind. Entsprechend würde sich der Gini-Index je nach Wahlprogramm in verschiedene Richtungen entwickeln. Die ESt-Anpassungen von Grünen und Linkspartei würden Einkommensungleichheit verringern, bei Union und FDP würde es zu höherer Einkommensungleichheit kommen, der SPD-Vorschlag würde sich neutral auf die Einkommensungleichheit auswirken. Hervorzuheben sind die sehr deutliche Reduktion des Gini-Koeffizienten um 1,1 Prozentpunkte nach Berücksichtigung der Beschäftigungsreaktionen bei der Linkspartei sowie der Anstieg des Gini-Koeffizienten um 1,3 Prozentpunkte durch den Vorschlag der FDP.

Diese Anpassungen des Gini-Koeffizienten können mittels der Veränderungen des verfügbaren Haushaltseinkommens für verschiedene Einkommensdezile, wie in den Tabellen 5 bis 9 im Anhang dargestellt, erklärt werden.¹⁵

Der FDP-Reformvorschlag würde Gewinne für alle Einkommensdezile im Vergleich zum Status quo zur Folge haben. Das durchschnittliche Plus über alle Haushalte würde nach Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte über 5% im verfügbaren Einkommen betragen. Diese Gewinne würden jedoch mit zunehmendem Einkommen weiter ansteigen (von 0,57% im ersten Dezil auf 8,57% im zehnten Dezil), so dass Einkommensungleichheit begünstigt würde. Die zwei Hauptfaktoren für diesen Effekt sind die Ausdehnung der Progressionszone bis auf ein zu versteuerndes

Einkommen von 90 000 Euro sowie die Abschaffung des reformierten Solidaritätszuschlags.

Der Vorschlag von Bündnis90/Die Grünen hätte insgesamt wesentlich geringere Effekte auf das verfügbare Einkommen. Hier würden die mittleren Dezile in der Einkommensverteilung am meisten profitieren, wohingegen die 10% der Haushalte mit den höchsten Einkommen durch die höheren Grenzsteuersätze ab 100 000 Euro mit leicht geringerem Haushaltseinkommen rechnen müssten.

Auch bei der Partei Die Linke könnten besonders die Haushalte in mittleren Dezilen von der anvisierten Reform profitieren. Deutliche Einbußen im verfügbaren Einkommen hätten hingegen die Haushalte am oberen Ende der Einkommensverteilung. Der Spitzensteuersatz von 53% und der Höchststeuersatz von 60% (sowie die höhere marginale Besteuerung von Einkommen über 1 000 000 Euro, von denen es allerdings nur sehr wenige in den SOEP-Daten gibt) zeigen hier Wirkung und würden so zu einer wesentlichen Verringerung der Einkommensungleichheit beitragen.

Für den Vorschlag der SPD würden sich steigende Zugewinne vom ersten bis zum neunten Dezil (0,33% bis 1,31% nach Anpassung) ergeben. Die obersten 10% der Haushaltseinkommen hätten den geringsten Zuwachs im verfügbaren Einkommen (0,29% nach Anpassung). Diese Effekte im oberen Einkommensspektrum rühren daher, dass die Ausweitung der zweiten Progressionszone auf 76 000 Euro und die Erhöhung des Spitzen- bzw. Höchststeuersatzes einander entgegenwirken. Für Haushalte mit sehr hohen Einkommen würde dann der negative Effekt durch die höheren Grenzsteuersätze überwiegen.

Die Effekte für die einzelnen Dezile sind beim Unionsvorschlag strukturell ähnlich zu jenen der FDP, wobei das Ausmaß der Reform auf das verfügbare Einkommen insgesamt geringer wäre. Am stärksten würden unter Berücksichtigung des Beschäftigungseffekts die 10% der Haushalte mit den höchsten Einkommen (2,52%) profitieren, die Haushalte mit den geringsten Einkommen könnten in ihrem verfügbaren Einkommen kaum zulegen (0,27%). Die Ausweitung der ersten Progressionszone würde neben niedrigeren und mittleren Einkommen auch hohe Einkommen begünstigen, das Ende des Solidaritätszuschlags käme ausschließlich Gutverdienern zugute. Infolgedessen würde durch die Maßnahmen der Union die Einkommensungleichheit steigen.

Es ist festzuhalten, dass alle Parteien Reformvorschläge vorgelegt haben, die das durchschnittliche verfügbare Haushaltseinkommen in Deutschland erhöhen würden. Die Mitte der Einkommensverteilung könnte jeweils zulegen, wobei sich die Parteien jeweils in ihrem Fokus unterscheiden. Bei Grünen und Linken könnten die mittleren Dezile am meisten zulegen, bei der SPD sind es vor allem die Dezile oberhalb des Medians bis zum neunten Dezil. FDP und Union würden insbesondere durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags die größte Entlastung für die obersten 10%

¹⁵ Die Tabellen im Anhang bilden auch die Effekte auf das verfügbare Einkommen für verschieden Haushaltstypen ab. Da in diesem Beitrag ausschließlich Einkommensteuerreformen betrachtet werden, können Unterschiede je nach Haushaltstypen über die Parteivorschläge hinweg nicht als Fokus auf bestimmte Gruppen interpretiert werden. Diese Unterschiede ergeben sich vielmehr daraus, dass manche Haushaltstypen an einigen Stellen der Einkommensverteilung besonders häufig auftreten.

erzielen. Es würde somit auch ein höheres Maß an Einkommensungleichheit resultieren.

FAZIT

In diesem Beitrag untersuchen wir Aufkommens-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen der Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2021. Wir interpretieren die teils vage formulierten Vorschläge bezogen auf Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag in Abstimmung mit den Parteien. Nicht berücksichtigt werden alle weiteren wirtschaftspolitischen Forderungen, auch bzgl. Ehegattensplitting und Sozialabgaben.

Unsere Simulationen zeigen, dass alle Parteien die Haushalte bei der Einkommensbesteuerung entlasten wollen. Die Höhe der Entlastung variiert dabei jedoch zwischen den Parteien, so dass die Vorschläge nur bedingt vergleichbar sind. Die deutlichste Entlastung plant die FDP mit durchschnittlich 4,5% mehr verfügbarem Einkommen. Sie hat dabei jedoch von allen Parteien das größte fiskalische Minus zu verbuchen (über 60 Mrd. Euro unter Berücksichtigung der Arbeitsangebotseffekte), während die Grünen dagegen mit ihren Reformvorschlägen fast budgetneutral bleiben.

Auch bei der Struktur der Entlastung gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Alle Parteien wollen die mittleren Einkommenschichten der Bevölkerung mit ihren Reformplänen besser stellen. Dies resultiert insbesondere aus Änderungen beim Grundfreibetrag und/oder den beiden Progressionszonen. Auch die untersten zwei Dezile werden in unseren Simulationen bei allen Parteien bessergestellt, jedoch weniger als die Mittelschicht, da nicht alle Haushalte am unteren Ende der Verteilung Einkommensteuer zahlen.

Bei den oberen Einkommen unterscheiden sich die Effekte nicht nur in ihrer Höhe, sondern auch in der Richtung: FDP und Union würden das 10. Einkommensdezil, verglichen mit den anderen Dezilen, am stärksten entlasten. Dies ist u.a. auf die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zurückzuführen. Grüne und Linke erwirken durch Erhöhung der Steuersätze für Gutverdienende, dass diese Einkommenschicht sogar schlechter gestellt würde. Durch diesen Umverteilungseffekt würde die Ungleichheit der Einkommen reduziert. Bei den Linken ist dieser Effekt aufgrund der stärkeren fiskalischen Belastung stärker ausgeprägt als bei den Grünen. FDP und Union würden durch die Entlastungen für Gutverdienende einen gegenteiligen Effekt erwirken, der die Einkommensungleichheit (bei der FDP stärker als bei der Union) erhöhen würde.

Alle Parteien würden positive Anreize für Erwerbstätigkeit schaffen. Ein damit verbundenes erhöhtes Steueraufkommen könnte jedoch die Mindereinnahmen des Staates, ausgelöst durch eine niedrigere Steuerlast für einen sehr großen Teil der Bevölkerung, nur teilweise kompensieren. Ob diese, den Fiskus teils deutlich belastenden Maßnahmen in Koalitionsverhandlungen nach der Wahl von den Parteien durch-

gesetzt werden können, ist angesichts eines bereits strapazierten Staatshaushalts sehr unwahrscheinlich, zumal es ja auch zahlreiche Wünsche bzw. Versprechungen der Parteien auf der Ausgabenseite gibt.

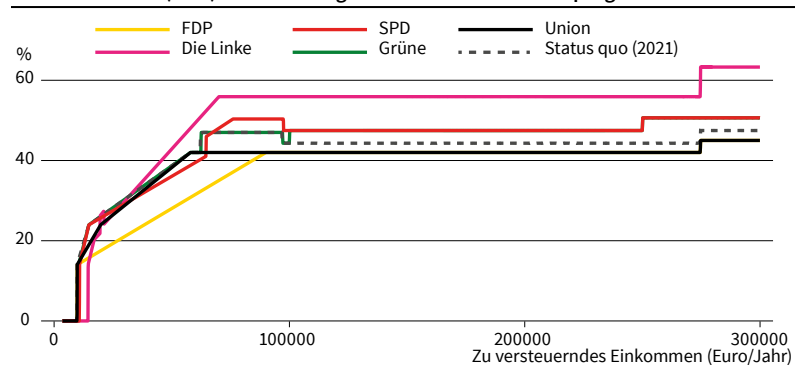
LITERATUR

- Beznoska, M. und T. Hentze (2021), *Wahlprogramme zur Einkommensteuer: Alle wollen die Mitte entlasten*, Techn. Ber. IW-Kurzbericht, Köln.
- Bierbrauer, F. J., P. C. Boyer und A. Peichl (2021a), »Politically Feasible Reforms of Nonlinear Tax Systems«, *American Economic Review* 111(1), 153–191.
- Bierbrauer, F., A. Peichl, D. Sachs und D. Weishaar (2021b), »Mehrheitsfähige und wohlfahrtssteigernde Reformen des deutschen Steuer- und Transfersystems: Von Entzugsraten, Mittelstands- und Wohlstandsbauchchen«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 22(3).
- Blömer, M., P. Brandt, A. Harter, M. Mosler und A. Peichl (2021), *Verteilungswirkungen ausgewählter steuerpolitischer Reformen der 19. Legislaturperiode*, ifo Forschungsberichte 122. ifo Institut, München.
- Blömer, M. und A. Peichl (2020), »The ifo Tax and Transfer Behavioral Microsimulation Model«, ifo Working Paper 335, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/publikationen/2020/working-paper/ifo-tax-and-transfer-behavioral-microsimulation-model>.
- Buhlmann, F., M. Hebsaker und S. Sieglöch (2021), *Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2021 – Finanzielle Auswirkungen. Eine Berechnung für die Süddeutsche Zeitung mithilfe des Evaluationsmodells für integrierte Steuer- und Transferpolitik-Analysen (ZEW-EViSTA) – aktualisiert am 19. Juli und 5. August 2021*, Techn. Ber., ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.
- Bündnis 90/Die Grünen (2021), *Programmwurf zur Bundestagswahl 2021*, verfügbar unter: https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammwurf.pdf, aufgerufen am 21. Juni 2021.
- CDU/CSU (2021), *Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland*, verfügbar unter: <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>, aufgerufen am 22. Juni 2021.
- Cox, G. W. (2009), »Swing Voters, Core Voters, and Distributive Politics«, *Political representation* 342.
- Die Linke (2021), *Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit! Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021*, verfügbar unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlprogramme_alt/bundestagswahlprogramm2021.pdf, aufgerufen am 22. Juni 2021.
- FDP (2021), *Wahlprogramm der Freien Demokraten*, verfügbar unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf, aufgerufen am 21. Juni 2021.
- Gammelin, C., A. Hagelüken, H. Eiden, J. Schubert, S. Dimitrov und E. von Grafenstein (2021), »Wer profitiert, wer verliert?«, *Süddeutsche Zeitung SZ.de*, verfügbar unter: <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/wirtschaft/steuern-wer-von-den-plaenen-der-parteien-profitiert-e954474/?reduced=true>, aufgerufen am 16. Juli 2021.
- Goebel, J., M. M. Grabka, S. Liebig, M. Kroh, D. Richter, C. Schröder und Jürgen Schupp (2019), »The German Socio-Economic Panel (SOEP)«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 239(2), 345–360.
- Peichl, A., N. Pestel, S. Sieglöch und E. Sommer (2014), »Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15(2), 182–194.
- Peichl, A. und S. Sieglöch (2012), »Accounting for Labor Demand Effects in Structural Labor Supply Models«, *Labour Economics* 19(1), 129–138.
- Schmiese, W. (2007), »In der Mitte sind nur wir«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ.net*, verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cdu-parteitag-in-der-mitte-sind-nur-wir-1485617.html>, aufgerufen am 18. August 2021.
- SPD-Pateivorstand (2021), *Das Zukunftsprogramm der SPD*, verfügbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20210301_SPD_Zukunftsprogramm.pdf, aufgerufen am 21. Juni 2021.
- Steingart, G. und S. Afhüppe (2012), »Gerhard Schröder verordnet Deutschland Agenda 2030«, in: *Handelsblatt*, verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/altbundeskanzler-wahlen-werden-in-der-mitte-gewonnen/6480146-5.html?ticket=ST-992675-PtuyIKi0Rb6TJbRdrURx-ap1>, aufgerufen am 4. August 2021.
- van Soest, A. (1995), »Structural Models of Family Labor Supply: A Discrete Choice Approach«, *The Journal of Human Resources* 30(1), 63.

ANHANG

Abb. 2

Grenzsteuersatz (in %) für einen Single-Haushalt in den Parteiprogrammen



Hinweis: Die Grafik zeigt die marginale Gesamtbelastung durch die Einkommensteuer und den Solidaritätszuschlag bezogen auf das zu versteuernde Einkommen (zvE) eines Haushalts.
Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell. © ifo Institut

Tab. 5

Durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen – FDP

	Ausgangswert		Veränderung			
	Status quo	ohne Anpassung		mit Anpassung		
	Euro	Euro	%	Euro	%	
Gesamt	38 141	1 739	4,56	2 101	5,51	
Nach Haushaltstyp						
Alleinstehend	25 220	992	3,93	1 114	4,42	
Alleinerziehend	31 621	751	2,37	932	2,95	
Paar ohne Kinder	47 012	2 159	4,59	2 652	5,64	
Paar mit Kindern	56 577	3 130	5,53	3 912	6,91	
Nach Anzahl der Kinder						
Ohne Kinder	34 453	1 486	4,31	1 766	5,13	
Ein Kind	48 689	2 560	5,26	3 222	6,62	
Zwei Kinder	56 177	3 038	5,41	3 761	6,70	
Drei Kinder	53 338	2 370	4,44	2 957	5,54	
Vier und mehr Kinder	48 411	1 270	2,62	1 628	3,36	
Nach Einkommensdezil (äquivalenzgewichtet) im Status quo						
1. Dezil	12 120	41	0,34	69	0,57	
2. Dezil	19 957	196	0,98	309	1,55	
3. Dezil	24 633	402	1,63	626	2,54	
4. Dezil	27 728	619	2,23	933	3,36	
5. Dezil	30 739	752	2,45	1 085	3,53	
6. Dezil	35 437	1 077	3,04	1 488	4,20	
7. Dezil	39 012	1 470	3,77	1 917	4,91	
8. Dezil	46 397	2 297	4,95	2 848	6,14	
9. Dezil	56 936	3 495	6,14	4 134	7,26	
10. Dezil	94 072	7 433	7,90	8 067	8,57	

Hinweis: Die Tabelle weist die Wirkungen auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen pro Jahr im Vergleich zum Status quo aus.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

Tab. 6

Durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen – Grüne

	Ausgangswert		Veränderung			
	Status quo		ohne Anpassung		mit Anpassung	
	Euro		Euro	%	Euro	%
Gesamt	38 141		56	0,15	66	0,17
Nach Haushaltstyp						
Alleinstehend	25 220		24	0,10	28	0,11
Alleinerziehend	31 621		41	0,13	54	0,17
Paar ohne Kinder	47 012		90	0,19	104	0,22
Paar mit Kindern	56 577		77	0,14	97	0,17
Nach Anzahl der Kinder						
Ohne Kinder	34 453		52	0,15	60	0,17
Ein Kind	48 689		77	0,16	100	0,21
Zwei Kinder	56 177		59	0,10	72	0,13
Drei Kinder	53 338		68	0,13	85	0,16
Vier und mehr Kinder	48 411		96	0,20	119	0,25
Nach Einkommensdezil (äquivalenzgewichtet) im Status quo						
1. Dezil	12 120		17	0,14	24	0,20
2. Dezil	19 957		58	0,29	78	0,39
3. Dezil	24 633		85	0,34	112	0,45
4. Dezil	27 728		103	0,37	128	0,46
5. Dezil	30 739		113	0,37	135	0,44
6. Dezil	35 437		136	0,39	158	0,45
7. Dezil	39 012		145	0,37	157	0,40
8. Dezil	46 397		167	0,36	177	0,38
9. Dezil	56 936		179	0,31	183	0,32
10. Dezil	94 072		- 430	- 0,46	- 477	- 0,51

Hinweis: Die Tabelle weist die Wirkungen auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen pro Jahr im Vergleich zum Status quo aus.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

Tab. 7

Durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen – Die Linke

	Ausgangswert		Veränderung			
	Status quo		ohne Anpassung		mit Anpassung	
	Euro		Euro	%	Euro	%
Gesamt	38 141		595	1,56	722	1,89
Nach Haushaltstyp						
Alleinstehend	25 220		269	1,07	310	1,23
Alleinerziehend	31 621		455	1,44	585	1,85
Paar ohne Kinder	47 012		844	1,80	1 015	2,16
Paar mit Kindern	56 577		1 003	1,77	1 278	2,26
Nach Anzahl der Kinder						
Ohne Kinder	34 453		513	1,49	608	1,77
Ein Kind	48 689		925	1,90	1 201	2,47
Zwei Kinder	56 177		861	1,53	1 075	1,91
Drei Kinder	53 338		908	1,70	1 136	2,13
Vier und mehr Kinder	48 411		915	1,89	1 140	2,36
Nach Einkommensdezil (äquivalenzgewichtet) im Status quo						
1. Dezil	12 120		108	0,89	167	1,37
2. Dezil	19 957		434	2,17	634	3,18
3. Dezil	24 633		712	2,89	1 021	4,14
4. Dezil	27 728		902	3,35	1 221	4,40
5. Dezil	30 739		985	3,20	1 268	4,13
6. Dezil	35 437		1 236	3,49	1 510	4,26
7. Dezil	39 012		1 369	3,51	1 545	3,96
8. Dezil	46 397		1 584	3,41	1 693	3,65
9. Dezil	56 936		1 494	2,62	1 476	2,59
10. Dezil	94 072		- 2 747	- 2,92	- 3 170	- 3,37

Hinweis: Die Tabelle weist die Wirkungen auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen pro Jahr im Vergleich zum Status quo aus.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

Tab. 8

Durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen – SPD

	Ausgangswert		Veränderung			
	Status quo		ohne Anpassung		mit Anpassung	
	Euro		Euro	%	Euro	%
Gesamt	38 141		265	0,69	314	0,82
Nach Haushaltstyp						
Alleinstehend	25 220		147	0,58	164	0,65
Alleinerziehend	31 621		129	0,41	161	0,51
Paar ohne Kinder	47 012		357	0,76	425	0,90
Paar mit Kindern	56 577		430	0,76	531	0,94
Nach Anzahl der Kinder						
Ohne Kinder	34 453		236	0,68	275	0,80
Ein Kind	48 689		377	0,77	471	0,97
Zwei Kinder	56 177		385	0,69	472	0,84
Drei Kinder	53 338		335	0,63	411	0,77
Vier und mehr Kinder	48 411		251	0,52	307	0,63
Nach Einkommensdezil (äquivalenzgewichtet) im Status quo						
1. Dezil	12 120		29	0,24	40	0,33
2. Dezil	19 957		99	0,49	135	0,68
3. Dezil	24 633		152	0,62	205	0,83
4. Dezil	27 728		193	0,70	250	0,90
5. Dezil	30 739		220	0,72	275	0,89
6. Dezil	35 437		282	0,80	344	0,97
7. Dezil	39 012		337	0,86	399	1,02
8. Dezil	46 397		466	1,00	544	1,17
9. Dezil	56 936		652	1,14	746	1,31
10. Dezil	94 072		278	0,30	273	0,29

Hinweis: Die Tabelle weist die Wirkungen auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen pro Jahr im Vergleich zum Status quo aus.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.

Tab. 9

Durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen – Union

	Ausgangswert		Veränderung			
	Status quo		ohne Anpassung		mit Anpassung	
	Euro		Euro	%	Euro	%
Gesamt	38 141		516	1,35	609	1,60
Nach Haushaltstyp						
Alleinstehend	25 220		304	1,21	335	1,33
Alleinerziehend	31 621		226	0,72	279	0,88
Paar ohne Kinder	47 012		643	1,37	771	1,64
Paar mit Kindern	56 577		898	1,59	1 093	1,93
Nach Anzahl der Kinder						
Ohne Kinder	34 453		448	1,30	520	1,51
Ein Kind	48 689		744	1,53	914	1,88
Zwei Kinder	56 177		869	1,55	1 045	1,86
Drei Kinder	53 338		652	1,23	805	1,51
Vier und mehr Kinder	48 411		374	0,77	468	0,97
Nach Einkommensdezil (äquivalenzgewichtet) im Status quo						
1. Dezil	12 120		20	0,17	33	0,27
2. Dezil	19 957		92	0,46	140	0,70
3. Dezil	24 633		172	0,70	255	1,04
4. Dezil	27 728		241	0,87	342	1,23
5. Dezil	30 739		275	0,90	374	1,22
6. Dezil	35 437		368	1,04	478	1,35
7. Dezil	39 012		451	1,16	549	1,41
8. Dezil	46 397		626	1,35	727	1,57
9. Dezil	56 936		829	1,46	935	1,64
10. Dezil	94 072		2 195	2,33	2 374	2,52

Hinweis: Die Tabelle weist die Wirkungen auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen pro Jahr im Vergleich zum Status quo aus.

Quelle: ifo Mikrosimulationsmodell.